
Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Ergebnis- und Finanzentwicklung	42
Wesentliche Ereignisse	42
Überblick des Geschäftsjahres	43
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	44
Ergebnis im Quartalsvergleich	49
Bilanz	51
Eigenkapital	53
Forschung und Entwicklung	54
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	54
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	57
Risikomanagement	59
Corporate Governance	59
Human Resources	60
Ausblick	62
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	63

Entwicklung der Märkte

Märkte im Bann der Geldpolitik

Die Politik der internationalen Notenbanken dominierte auch im vergangenen Jahr die Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten. So beschloss die Europäische Zentralbank (EZB) im Frühjahr 2016 unter anderem, ihr Anleihekaufprogramm von € 60 Milliarden auf € 80 Milliarden pro Monat auszuweiten, den Banken langfristige Refinanzierungsgeschäfte anzubieten und die Leitzinsen zu senken. Bei der letzten Sitzung des Jahres adjustierte die Notenbank dann ihren Maßnahmenmix. Die Mindestlaufzeit der Anleihekäufe wurde bis Ende 2017 verlängert, das Volumen soll dabei ab April 2017 wieder € 60 Milliarden pro Monat betragen. Die Geldmarktsätze lagen während des gesamten Jahres zwischen dem Einlage- und dem Hauptrefinanzierungssatz der Notenbank und seit Mitte Jänner 2016 über alle Laufzeiten hinweg im negativen Bereich. Nachdem die Rendite zweijähriger deutscher Staatsanleihen bereits 2015 im negativen Bereich notiert hatte, setzte sich der Renditerückgang am kurzen Ende auch im Jahr 2016 fort. Auch die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen verringerte sich in der ersten Jahreshälfte aufgrund sinkender Inflationserwartungen und der Aufstockung der EZB-Anleihekäufe. Ab Herbst verzeichneten zehnjährige deutsche Staatsanleihen hingegen steigende Renditen. In den USA erhöhte die Notenbank im Dezember die Leitzinsspanne nach einer einjährigen Pause um 25 Basispunkte auf 0,50 Prozent bis 0,75 Prozent.

Laut vorläufigen Daten legte das reale BIP in der Eurozone im Jahr 2016 um 1,7 Prozent zu. Damit setzte sich der Aufschwung in der Währungsunion trotz wiederholt aufgekommener Konjunktursorgen im abgelaufenen Jahr fort. Das Wirtschaftswachstum wurde vor allem vom privaten Konsum und – in geringerem Maß – vom staatlichen Konsum sowie von den Bruttoanlageinvestitionen getragen. Auf Länderebene stellte sich die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin sehr unterschiedlich dar. Denn während das BIP in Spanien mit 3,3 Prozent expandierte, betrug der Zuwachs in Italien lediglich 1,0 Prozent. Das durchschnittliche Preisniveau von Konsumgütern blieb dabei in der Eurozone über weite Strecken des Jahres nahezu unverändert. Der fehlende allgemeine Preisauftrieb bei Konsumgütern erklärte sich durch die fallenden Preise bei Energie bzw. Importgütern. Erst als gegen Ende des Jahres die Energiepreise im Vorjahresvergleich zulegten, löste sich die Inflationsrate merklich von der Null-Prozent-Marke.

Die österreichische Volkswirtschaft verzeichnete 2016 eine moderate Konjunkturbelebung, das reale BIP nahm um 1,5 Prozent zu. Tragende Säule der Konjunkturentwicklung war die Binnennachfrage. Einerseits profitierte der private Konsum von der Anfang 2016 in Kraft getretenen Steuerreform, andererseits legten die Ausrüstungsinvestitionen eine vergleichsweise dynamische Entwicklung an den Tag. Die Bauinvestitionen wurden erstmals seit mehreren Jahren wieder ausgeweitet. Demgegenüber unterstützten die Nettoexporte das reale BIP-Wachstum nicht.

Die US-Wirtschaft startete schwach ins Jahr 2016. Verantwortlich dafür waren in erster Linie ungewöhnlich niedrige Lagerinvestitionen sowie aufgrund der stark gesunkenen Rohstoffpreise rückläufige Investitionen in den Bereichen Bergbau sowie Öl- und Gasförderung. Im zweiten Halbjahr klangen diese belastenden Effekte dann ab, und die Wirtschaft wuchs wieder dynamisch. Erfreulich entwickelte sich insbesondere der private Konsum. Wegen des schwachen Jahresauftakts legte das reale BIP im Gesamtjahr 2016 dennoch nur um 1,6 Prozent zu.

Das chinesische Wirtschaftswachstum stabilisierte sich 2016 bei voraussichtlich 6,7 Prozent. Die wirtschaftlichen Stützungsinitiativen der Regierung dürften zwar gegriffen haben, in erster Linie profitierten davon aber die großen Staatsbetriebe über Infrastrukturinvestitionen. Wachstumsimpulse gingen daneben weiterhin vom Immobiliensektor aus.

Solides Wachstum in CE und SEE, abflachende Rezession in Russland

Die niedrigen, teils negativen Inflationsraten in Zentral- und Südosteuropa (CE und SEE) und die Niedrigzinspolitik der EZB erlaubten es, die Leitzinsen in der Region im vergangenen Jahr auf einem niedrigen Niveau zu halten. In einigen Ländern wurden sogar weitere geldpolitische Lockerungsmaßnahmen vollzogen bzw. fortgesetzt. In Polen und Rumänien stützten zudem fiskalische Wachstumsimpulse den privaten Konsum.

Die Region CE war 2016 durch eine etwas schwächere Wirtschaftsentwicklung mit einem BIP-Wachstum von 2,7 Prozent gekennzeichnet. Zwar profitierte CE weiter von der soliden Konjunktur in Deutschland, der Erholung in der Eurozone und der expansiven Geld- und Währungspolitik mancher CE-Länder. Allerdings lag das Wirtschaftswachstum in CE unter jenem des Vorjahres. Ein Faktor dafür war ein Nachlassen der Investitionstätigkeit aufgrund temporär niedrigerer EU-Transferzahlungen in die Region. Polen, die Wachstumslokomotive von CE, verlor deutlich an Fahrt und zeigte nur mehr ein Wachstum von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt deuten die Wirtschaftsdaten jedoch auf ein ausbalanciertes Wachstum mit solider Exportentwicklung und Dynamik in der Binnenwirtschaft hin.

SEE wies 2016 mit 3,9 Prozent ein im Jahresvergleich starkes Wirtschaftswachstum auf. Besonders die Volkswirtschaften Serbiens und Kroatiens steigerten ihr Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich. Die kroatische Wirtschaft profitierte dabei von einer politischen Stabilisierung. In Rumänien wiederum wurde die Nachfrage der privaten Haushalte von Steuerensenkungen stimuliert. Bulgarien holte mit einem BIP-Wachstum von 3,3 Prozent gegenüber Rumänien etwas auf. Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum in SEE so stark wie schon seit mehreren Jahren nicht mehr. Zum Teil ist dies zwar vorübergehenden Faktoren geschuldet, unterstreicht jedoch andererseits, dass die Schwächephase der Vorjahre überwunden ist.

Die wirtschaftliche Lage in Osteuropa (EE) verbesserte sich 2016. Russland profitierte von einer Erholung des Ölpreises im Jahresverlauf, zudem wirkte die umsichtige Geld- und Fiskalpolitik Moskaus stabilisierend, lieferte jedoch keinen zusätzlichen Wachstumsimpuls. Im Ergebnis flachte die Rezession in Russland deutlich ab, und die Wirtschaftsleistung sank 2016 nur mehr um 0,2 Prozent im Jahresvergleich. Gegen Jahresende hellte sich die Lage im verarbeitenden Gewerbe Russlands etwas auf, die private Haushaltsnachfrage blieb jedoch weiterhin schwach. Die ukrainische Wirtschaft durchschritt bereits 2015 die Talsohle und kehrte 2016 zu einem Wachstum von 2,2 Prozent zurück. Die von Finanzunterstützung aus Russland sowie Exporten dorthin stark abhängige belarussische Wirtschaft verharrte weiterhin in der Rezession. Die Inflationsraten in EE gingen bei einer stabileren Währungsentwicklung und schwacher Inlandsnachfrage von hohen Niveaus ausgehend teils deutlich zurück.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2015	2016e	2017f	2018f
Polen	3,9	2,8	3,3	3,0
Slowakei	3,8	3,3	3,3	4,0
Slowenien	2,3	2,5	2,7	2,5
Tschechische Republik	4,6	2,3	2,7	2,5
Ungarn	2,9	2,0	3,2	3,4
Zentraleuropa	3,8	2,7	3,1	3,0
Albanien	2,6	3,5	4,0	4,0
Bosnien und Herzegowina	3,0	2,5	3,0	3,5
Bulgarien	3,6	3,3	3,3	3,3
Kroatien	1,6	2,9	3,3	2,8
Kosovo	4,1	3,5	3,5	3,5
Rumänien	3,9	4,8	4,2	3,5
Serbien	0,7	2,8	3,0	3,0
Südosteuropa	3,1	3,9	3,7	3,3
Belarus	-3,8	-2,6	-0,5	1,5
Russland	-2,8	-0,2	1,0	1,5
Ukraine	-9,9	2,2	2,0	3,0
Osteuropa	-3,3	-0,1	1,0	1,6
Österreich	1,0	1,5	1,7	1,5
Deutschland	1,5	1,8	1,7	1,5
Eurozone	2,0	1,7	1,9	1,7

Entwicklung des Bankensektors in CEE

Viele Indikatoren zeugten 2016 von einer handfesten Erholung des Bankensektors gegenüber der verhaltenen Entwicklung des Vorjahres. Positive Trends bei der Neukreditvergabe oder beim Aktivawachstum in einigen Ländern in CE und SEE setzten sich 2016 fort (z. B. in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Rumänien). Auch in Russland erholte sich der Bankensektor deutlich. Fast alle CEE-Bankenmärkte weisen nun eine komfortable Kredit-Einlagen-Relation (von meist deutlich unter 100 Prozent) auf, die eine solide Basis für zukünftiges Wachstum darstellt. Zudem konnten viele in den letzten Jahren herausfordernde Bankenmärkte 2016 auf Sektorebene wieder ansehnliche Gewinne ausweisen (z. B. Ungarn, Rumänien, Kroatien und Russland). Vor allem auf den herausfordernden osteuropäischen Bankenmärkten (Russland, Ukraine, Belarus) haben die führenden Auslandsbanken zudem die allgemeinen Markttrends deutlich übertroffen. Unterstützt wurde die positive Profitabilitätsentwicklung auch durch eine nachhaltige Stabilisierung oder sogar deutliche Rückführung der Non-performing Loans (NPL) in CE und SEE (mit deutlichen Unterschieden auf Länderebene). Insgesamt ging die NPL Ratio in CE und SEE damit 2016 von zuvor 8,3 auf 7,4 Prozent zurück. Angesichts der positiven Entwicklungen in CE und SEE sowie der Stabilisierung der NPL und der Profitabilität in Russland stieg die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor 2016 wieder deutlich über den Vergleichswert in der Eurozone.

Bankensektor in Österreich

Der Bankensektor in Österreich entwickelte sich 2016 verglichen mit der Eurozone in Bezug auf das Kreditwachstum (vor allem im Firmenkundengeschäft) weiterhin unterdurchschnittlich. Die Kreditvergabe konzentrierte sich insbesondere auf Privatkunden- und Immobilienfinanzierungen. Die Profitabilität des österreichischen Bankensektors auf konsolidierter Ebene konnte indes, vor allem unterstützt durch das CEE-Geschäft, spürbar zulegen. Dadurch verbesserte der österreichische Bankensektor in Relation zu wichtigen westeuropäischen Ländern auch seine Kapitalisierung deutlich. Allerdings sind die ausgewiesenen regulatorischen Kapitalquoten im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Zieht man die Leverage Ratio als Vergleichsmaßstab heran, schneiden die österreichischen Banken deutlich besser ab. Die Kapitalanforderungen werden sich durch die Einführung des Systemrisikopuffers und des Andere Systemrelevante Institute-Puffers (O-SII), die das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) empfohlen hat, graduell erhöhen. Positiv sollte sich in den folgenden Jahren auch die 2016 vollzogene Entlastung bei der Bankensteuer auswirken.

Das im Jahr 2012 lancierte Nachhaltigkeitspaket trägt zur Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken in CEE bei. Die Kredit-Einlagen-Relation sank von 117 Prozent im Jahr 2008 auf 88 Prozent im ersten Quartal 2016, was hauptsächlich auf einen Anstieg der lokalen Spareinlagen zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.

Mit 1. Jänner 2016 wurde der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) in vollem Umfang umgesetzt. Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board) ist zentral für alle abwicklungsrelevanten Entscheidungen für ausfallgefährdete oder ausfallende Großbanken verantwortlich. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt gemeinsam mit den betroffenen nationalen Abwicklungsbehörden.

Im ersten Halbjahr 2016 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein positives konsolidiertes Periodenergebnis in Höhe von rund € 2,9 Milliarden und damit um € 0,3 Milliarden mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das positive Ergebnis sorgten vor allem die stark gesunkenen Risikovorsorgen, die nicht nur die deutlichen Rückgänge beim Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente, sondern auch die geringeren Erträge aus den Provisionen und dem Handelsergebnis mehr als ausgleichen konnten. Die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CEE verbesserte sich im ersten Quartal 2016 deutlich. Österreichische Tochterbanken verzeichneten in allen CEE-Ländern positive Gewinnbeiträge. Die höchsten Gewinne konnten in der Tschechischen Republik, Rumänien und Russland erwirtschaftet werden, wobei die Gewinne in Russland im Vergleich zum Vorjahresquartal rückläufig waren.

Regulatorisches Umfeld

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Der Konzern beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit laufenden oder bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen.

Gesetzesvorschlag zur Europäischen Einlagensicherung (EDIS)

Die Europäische Kommission schlug 2015 ein Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme – EDIS) vor, das die Bankenunion unterstützen, den Einlegerschutz stärken, die Finanzstabilität erhöhen und die Verbindung zwischen Banken und Staaten weiter lösen soll. Das EDIS ist Teil der Europäischen Abwicklungsbehörde (SRB), umfasst alle nationalen Einlagensicherungssysteme (auch das IPS) und soll bis 2024 schrittweise in drei Stufen entstehen. Zu Beginn soll es eine Rückversicherung der nationalen Einlagensicherungssysteme beinhalten, aus der dann nach drei Jahren eine Mitversicherung

werden soll, bei der der Beitrag des EDIS mit der Zeit immer stärker anwachsen soll. In der letzten Stufe ist für 2024 ein vollumfängliches EDIS geplant. Mit der endgültigen Annahme und Veröffentlichung des Gesetzes wird frühestens im vierten Quartal 2017 gerechnet.

Bankensanierung und Bankenabwicklung

2015 ist das Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSAG), die nationale Umsetzung der Richtlinie der EU zur Bankensanierung und -abwicklung (BRRD) aus dem Jahr 2014, in Kraft getreten. Der Konzern untersteht hinsichtlich der Sanierungsagenden im Rahmen des Single Supervisory Mechanismus (SSM) der direkten Aufsicht der EZB sowie hinsichtlich der Abwicklungsagenden im Rahmen des Single Resolution Mechanismus (SRM) der direkten Aufsicht des Single Resolution Board.

Entsprechend der Anforderungen aus dem BaSAG verfügt der Konzern über einen Gruppensanierungsplan. Im Sanierungsplan werden potenzielle Maßnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in finanziellen Stresssituationen beschrieben. Begleitet durch das Monitoring wesentlicher KPIs (Key Performance Indicators) zur Früherkennung etabliert der Sanierungsplan eine umfangliche Governance-Struktur für Stresssituationen. Der Sanierungsplan wird vom Konzern erstellt, regelmäßig aktualisiert und von der Aufsichtsbehörde (EZB) geprüft.

Die Abwicklungspläne werden durch die Abwicklungsbehörde samt Befugnissen zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen erstellt. In den Abwicklungsplänen werden auch die Abwicklungsstrategien für die Banken festgelegt. Im Rahmen der Abwicklung von Banken werden den Abwicklungsbehörden bestimmte Abwicklungsinstrumente zur Verfügung gestellt. So hat der Konzern, schon vor Einführung des BIRG (Banken Interventions- und Restrukturierungsgesetz) und des BaSAG, konzerninterne Beziehungen limitiert um Klumpenrisiken und unbeschränkte Restrisiken für sich selbst als auch seine Eigentümer zu reduzieren.

Neben der Erstellung von Abwicklungsplänen wird auch die Verpflichtung zur Einhaltung einer MREL-Quote (Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities) festgelegt, die für jede Bank/Abwicklungseinheit individuell vorgeschrieben wird. Aktuell arbeitet der Konzern eng mit dem Single Resolution Board und den nationalen Abwicklungsbehörden zusammen, um einen Abwicklungsplan gemäß den gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erstellen. Ein Instrument des möglichen Abwicklungskonzepts stellt die Beteiligung von Gläubigern dar (Bail-in tool). Auf Basis der Abwicklungsstrategie geschieht das für jedes Institut bzw. Abwicklungseinheit oder die gesamte Bankengruppe. Die Kalibrierung der MREL-Zielquote ist von den Aufsichtsbehörden auf Basis der gesetzlichen Regelungen, den Abwicklungsplänen sowie den einzelnen Aspekten des jeweiligen Instituts (z. B. Größe, Geschäftsmodell und Risikoprofil) vorzunehmen. Als MREL-fähig werden im Wesentlichen die regulatorischen Eigenmittel eines Instituts und darüber hinaus das langfristige und unbesicherte Fremdkapital, welches nicht der Einlagensicherung oder ähnlichen Beschränkungen unterliegt, angesehen.

Novellierung der europäischen Regelungen

Die Europäische Kommission veröffentlichte im November 2016 einen Legislativvorschlag zur Änderung der prudentiellen Anforderungen (CRD IV/CRR) sowie des Sanierungs- und Abwicklungsrahmenwerks (BRRD, SRM). Die Dokumente bilden die Ausgangsbasis für die sich anschließenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat und erlauben einen ersten Ausblick auf die regulatorischen Herausforderungen für die Jahre nach 2017.

Inhaltlich lassen sich die vorgesehenen Änderungen der CRR einerseits nach Themen unterscheiden, die als Finalisierung von Basel III klassifiziert werden können. Dies umfasst etwa die Einführung einer verbindlichen Mindestquote für die Leverage Ratio und die Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Ergänzung der Regelungen für die Sanierung und Abwicklung von Instituten, um die Vorgaben zur Total Loss Absorbing Capacity (TLAC) für global systemrelevante Banken zu erfüllen. Andererseits enthalten die Entwürfe Anpassungen, die inhaltlich bereits Basel IV zuzurechnen sind, beispielsweise die Einführung eines Standardverfahrens für Kontrahentenrisiken, die Neufassung der Regelungen für Marktpreisrisiken im Rahmen des Fundamental Review of the Trading Book (FRTB) oder auch Regelungen für Investmentfonds. Im Vergleich zur bisherigen Umsetzung von Regelungen aus Basel ist zu erkennen, dass der Proportionalität deutlich mehr Bedeutung beigemessen wird, um insbesondere den zahlreichen kleineren Banken in der EU entgegenzukommen. Die neuen Regeln sollen nach derzeitigem Stand ab 2019 zur Anwendung kommen.

Aktionsplan zur Kapitalmarktunion

Ziel der EU-Kommission ist die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln auf den Kapitalmärkten für alle Unternehmen, insbesondere aber für Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Grenzüberschreitende Hürden für Investitionen am Kapitalmarkt sollen beseitigt werden. Der Aktionsplan vom 30. September 2015 sieht ein Maßnahmenbündel bis 2017 vor, darunter etwa konkrete Gesetzesvorschläge im Zusammenhang mit Verbriefungen und Konsultationen zu Pfandschuldverschreibungen. 2016 wurden die Arbeitspakete des Aktionsplans abgearbeitet bzw. vorangetrieben. Die grundsätzliche Zielrichtung, grenzüberschreitende Investitionen zu forcieren, kann sicherlich begrüßt werden. Sie kann aber keine realistische Alternative zur Kreditfinanzierung für KMU durch Banken sein, sondern wohl nur als ergänzende Maßnahmen zur Bankfinanzierung gesehen werden.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf den Anhang, Punkt (46) Sonstige Angaben gemäß BWG, verwiesen.

Wesentliche Ereignisse

Verschmelzung von RBI AG und RZB AG

Nachdem die Vorstände und Aufsichtsräte von RBI AG und RZB AG am 5. Oktober 2016 grundsätzlich die Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG beschlossen hatten, wurde diese auch in den jeweiligen außerordentlichen Hauptversammlungen der beteiligten Gesellschaften im Jänner 2017 mit klarer Mehrheit genehmigt. Die RZB AG wird demnach im ersten Quartal 2017 durch Eintragung im Firmenbuch auf die RBI AG verschmolzen. Die Berichterstattung wird daher ab dem ersten Quartal 2017 auf Basis des fusionierten Instituts erfolgen. Das Unternehmen wird unverändert als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse notiert sein. Der Anteil des RBI-Streubesitzes wird nach der Verschmelzung 41,2 Prozent betragen. Die Raiffeisen Landesbanken werden rund 58,8 Prozent der RBI-Aktien halten. Diese sind im Rahmen eines Syndikatsvertrags verbunden, der unter anderem Lock-up-Verpflichtungen beinhaltet.

Die risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) des Konzerns würden nach der Verschmelzung auf Basis einer Pro-forma-Berechnung zum Jahresende 2016 um 13 Prozent auf € 68 Milliarden steigen. Die Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) der verschmolzenen Einheit betrage zum Jahresende 2016 12,7 Prozent, die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) 12,4 Prozent.

Transformationsprogramm

Am 1. Dezember 2016 wurde der Verkauf der Raiffeisen-Leasing Polska S.A., Warschau, um € 193 Millionen an die PKO Leasing S.A., Warschau, abgeschlossen. Dies führte inklusive der umgegliederten realisierten Währungseffekte zu einem positiven Effekt auf das RBI-Konzernergebnis von rund € 18 Millionen im vierten Quartal. Die Transaktion führte weiters zu einer Verbesserung der CET1 Ratio (fully loaded) der RBI um 33 Basispunkte. Die RWA reduzierten sich um rund € 1.272 Millionen.

Am 7. Dezember 2016 wurden die Verhandlungen mit der Alior Bank über den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, (Raiffeisen Polbank) beendet. Die RBI wird nun die mit der Aufsicht vereinbarte Abgabe von 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Polbank über die Börse vorbereiten und arbeitet parallel dazu an der Optimierung des Geschäftsmodells.

Nach dem ergebnislos verlaufenen Verkaufsprozess für die ZUNO BANK AG, Wien, werden Teile des vorhandenen Geschäfts in der Tschechischen Republik und in der Slowakei in die dortigen Tochterbanken integriert. Der Abschluss dieser Integration wird für Mitte 2017 angepeilt.

Im Rahmen der geplanten Reduktion der RWA wurden in Asien mit einer Rückführung der RWA um rund 84 Prozent auf € 395 Millionen seit Ende 2014 deutliche Fortschritte erzielt. Auch in den USA kommt der Rückzug gut voran, die RWA sanken hier seit Ende 2014 um rund 66 Prozent auf € 347 Millionen. Das verbliebene Geschäft wird nun abgewickelt, die Filialen in Asien und die Geschäftsstelle in den USA werden auf ein Mindestmaß reduziert und betreiben kein aktives Geschäft mehr.

Mit den beschriebenen Maßnahmen hat die RBI ihr Ziel einer CET1 Ratio (fully loaded) von mindestens 12 Prozent bis Ende 2017 bereits vorzeitig erreicht und mit 13,6 Prozent zum Ende 2016 auch deutlich übertroffen. Damit findet das Transformationsprogramm einen vorzeitigen Abschluss, und das Segment Non-Core wird mit Beginn 2017 aufgelöst. Das verbleibende Geschäft wird in die bestehenden Segmente eingegliedert.

Verschmelzung der Konzernobergesellschaften

Das bisher oberste Mutterunternehmen der RBI, die Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH, Wien, und deren 100-Prozent-Tochter R-Landesbanken-Beteiligung GmbH, Wien, in denen 82,4 Prozent der Anteile an der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG gebündelt waren, wurden Ende September 2016 in die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG verschmolzen. Somit fungiert diese bis zur Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG als oberstes Mutterunternehmen der RBI und bildet einen Konsolidierungskreis. Mit der Verschmelzung von der RZB AG in die RBI AG wird die RBI AG selbst das oberste Mutterunternehmen.

Neuregelung der Bankenabgabe in Österreich

Im Juli 2016 einigte sich die österreichische Bundesregierung auf die Neuregelung der Bankenabgabe ab dem Jahr 2017. Sie beinhaltet eine Reduktion der jährlichen Bankenabgabe, gleichzeitig sollen Österreichs Banken eine Einmalabgabe leisten, die für den fusionierten RBI-Konzern rund € 163 Millionen betragen wird. Die Zahlung erfolgt über vier Jahre verteilt, beginnend im Jahr 2017. Nachdem die österreichische Bankenabgabe für die RBI im Jahr 2016 rund € 85 Millionen betrug (€ 1 Million weniger als 2015), wird sie für den fusionierten Konzern von 2017 bis 2020 inklusive anteiliger Einmalabgabe etwa € 58 Millionen pro Jahr betragen.

Überblick des Geschäftsjahres

Neben dem weiterhin niedrigen Zinsniveau, das auch in der RBI zu einem Rückgang der Betriebsergebnisse führte, stand das Geschäftsjahr 2016 vor allem unter dem Einfluss deutlich niedrigerer Kreditrisikovorsorgen. In CEE waren hier Rückgänge in nahezu allen Märkten zu verzeichnen, und auch in Asien fielen die Kreditrisikovorsorgen um € 118 Millionen geringer aus als im Vorjahr. Insgesamt sanken die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen im Jahresvergleich um 40 Prozent oder € 509 Millionen auf € 754 Millionen. Die größten Rückgänge wurden dabei in der Ukraine, in Asien und in der Konzernzentrale verzeichnet. Das Konzernergebnis lag bei € 463 Millionen und verbesserte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent oder € 84 Millionen.

Die Betriebserträge verzeichneten im Jahresvergleich einen Rückgang um 5 Prozent oder € 237 Millionen auf € 4.692 Millionen, zum Teil hervorgerufen durch Währungsabwertungen in Osteuropa. Der Zinsüberschuss fiel dabei um 12 Prozent oder € 391 Millionen auf € 2.935 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren das anhaltend niedrige Marktzniveau in zahlreichen Ländern des Konzerns, die vorhandene Überschussliquidität sowie ein – insbesondere in Russland entstandener – Rückgang um € 215 Millionen bei den Zinserträgen aus zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten. Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Jahresvergleich trotz der Währungsabwertungen in Osteuropa und geringerer Umsätze in Zentraleuropa nur um 1 Prozent oder € 22 Millionen auf € 1.497 Millionen, während das Handelsergebnis im Jahresvergleich um € 198 Millionen auf € 215 Millionen zunahm. Im währungsbezogenen Geschäft ergab sich ein Ergebnisanstieg um € 176 Millionen auf € 116 Millionen. Hauptgrund dafür war eine geringere Währungsabwertung der ukrainischen Hryvna als im Vorjahr (Anstieg um € 81 Millionen).

Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 66 Millionen auf € 2.848 Millionen. Dies war einerseits auf die Währungsabwertungen in Osteuropa zurückzuführen, andererseits gingen die Beiträge zur Einlagensicherung vorwiegend in Polen, in der Tschechischen Republik, in Rumänien und in Bulgarien um insgesamt € 34 Millionen zurück. Darüber hinaus sanken die Raumaufwendungen aufgrund von Filialschließungen um € 26 Millionen. Aufwandserhöhend wirkten hingegen die Aufwendungen für den Bankenabwicklungsfonds (Anstieg um € 10 Millionen) und die IT-Aufwendungen (Anstieg um € 6 Millionen). Beim Personalaufwand kam es zu einem Anstieg um 1 Prozent oder € 20 Millionen auf € 1.410 Millionen. Den Einsparungen durch die Mitarbeiterreduktion um 7 Prozent standen Zuwächse durch den Zukauf des Privatkundengeschäfts der Citibank in der Tschechischen Republik und durch Wachstum in der Slowakei gegenüber. Außerdem waren 2015 keine Bonuszahlungen für das Jahr 2014 angefallen, sodass rund € 76 Millionen an Rückstellungen aufzulösen waren. Dieser Effekt wiederholte sich im Geschäftsjahr 2016 nicht.

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nahm weiter ab und verringerte sich im Jahresabstand um 3.906 auf 50.186. Die Zahl der Geschäftsstellen sank gleichzeitig um 199 auf 2.506.

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Jahresverlauf um 2 Prozent oder € 2.563 Millionen auf € 111.864 Millionen. Dabei waren Konsolidierungskreisveränderungen für einen Rückgang der Konzernbilanzsumme um rund € 2.400 Millionen verantwortlich, der hauptsächlich aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft und der slowenischen Tochterbank resultierte. Aufgrund der Währungsentwicklung – vor allem durch die Aufwertung des russischen Rubels (plus 25 Prozent) und des US-Dollars gegenüber dem Euro (plus 3 Prozent) – ergab sich umgekehrt ein Anstieg um rund € 1.700 Millionen.

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile nahm um 9 Prozent oder € 731 Millionen auf € 9.232 Millionen zu. Kapitalerhöhend wirkten dabei das Ergebnis nach Steuern mit € 574 Millionen sowie das sonstige Ergebnis mit € 190 Millionen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf € 291 Millionen beliefen (2015: minus € 194 Millionen).

Auf Seite des regulatorischen Kapitals veränderten sich die wesentlichen Stellgrößen wie folgt: Das harte Kernkapital nach Abzugsposten betrug zum Jahresende € 8.339 Millionen. Der hier gegenüber dem Vergleichswert 2015 verzeichnete Anstieg betrug € 668 Millionen. Die gesamten Eigenmittel nach CRR beliefen sich auf € 11.537 Millionen. Dies entspricht einer Erhöhung um € 550 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2015. Die gesamten Risikoaktiva reduzierten sich wegen der Verkäufe der slowenischen Tochterbank und der polnischen Leasinggesellschaft sowie durch Ratingverbesserungen in der Ukraine und Belarus um € 3.212 Millionen auf € 60.061 Millionen. Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 13,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 19,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von 18,9 Prozent.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird keine Dividende ausgeschüttet werden, um die Kapitalquote weiter nachhaltig zu stärken.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

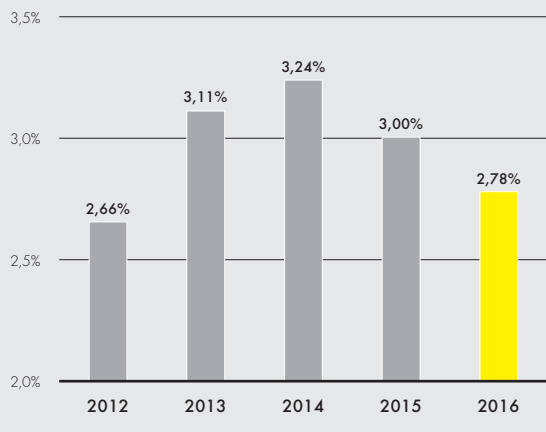
in € Millionen	2016	2015	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	2.935	3.327	- 391	- 11,8%
Provisionsüberschuss	1.497	1.519	- 22	- 1,5%
Handelsergebnis	215	16	198	>500,0%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	45	66	- 21	- 31,8%
Betriebserträge	4.692	4.929	- 237	- 4,8%
Personalaufwand	- 1.410	- 1.389	- 20	1,5%
Sachaufwand	- 1.107	- 1.173	66	- 5,6%
davon regulatorischer Sachaufwand	- 144	- 167	24	- 14,1%
Abschreibungen	- 331	- 351	20	- 5,8%
Verwaltungsaufwendungen	- 2.848	- 2.914	66	- 2,3%
Betriebsergebnis	1.844	2.015	- 171	- 8,5%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 754	- 1.264	509	- 40,3%
Übrige Ergebnisse	- 204	- 40	- 164	409,8%
Ergebnis vor Steuern	886	711	175	24,6%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 312	- 276	- 36	13,1%
Ergebnis nach Steuern	574	435	139	31,9%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 111	- 56	- 54	96,8%
Konzernergebnis	463	379	84	22,2%

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss reduzierte sich 2016 um 12 Prozent oder € 391 Millionen auf € 2.935 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren das anhaltend niedrige Marktzinsniveau in zahlreichen Ländern des Konzerns, die vorhandene Überschussliquidität sowie ein - insbesondere in Russland entstandener - Rückgang um € 215 Millionen bei den Zinserträgen aus zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten. Dies war eine Folge des niedrigeren Zinsniveaus im Jahr 2016 (die Interbankenzinssätze waren in Russland im ersten Halbjahr 2015 außerordentlich hoch gewesen) sowie eines geringeren Volumens an US-Dollar-Swaps. Zusätzlich trug die Reduktion der Kreditportfolios in Asien zur negativen Entwicklung des Zinsüberschusses bei. Konzernweit reduzierte sich das Volumen der zinstragenden Aktivposten im Jahresabstand um 5 Prozent.

Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



Im Segment Zentraleuropa sank der Zinsüberschuss um 4 Prozent oder € 25 Millionen auf € 629 Millionen. Niedrigere Zinssätze führten hier in der Slowakei zu einer Reduktion um € 23 Millionen und in Ungarn um € 14 Millionen. Dagegen verzeichnete die Tschechische Republik einen volumenbedingten Anstieg um € 12 Millionen. Im Segment Südosteuropa sank der Zinsüberschuss um 5 Prozent oder € 42 Millionen auf € 738 Millionen. Dabei gab es in allen Ländern – mit Ausnahme von Bosnien und Herzegowina – Rückgänge, auch hier hauptsächlich bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau. Das Segment Osteuropa verzeichnete einen Rückgang des Zinsüberschusses um 9 Prozent oder € 82 Millionen auf € 866 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein um 12 Prozent oder € 80 Millionen auf € 567 Millionen gesunkener Zinsüberschuss in Russland, hervorgerufen durch um € 175 Millionen geringere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten. Dagegen ergaben sich deutlich verbesserte Margen aus dem Kerngeschäft, speziell passivseitig. In der Ukraine war währungsbedingt ein Rückgang des Zinsüberschusses um 3 Prozent oder € 5 Millionen auf € 171 Millionen zu verbuchen, während hier in lokaler Währung

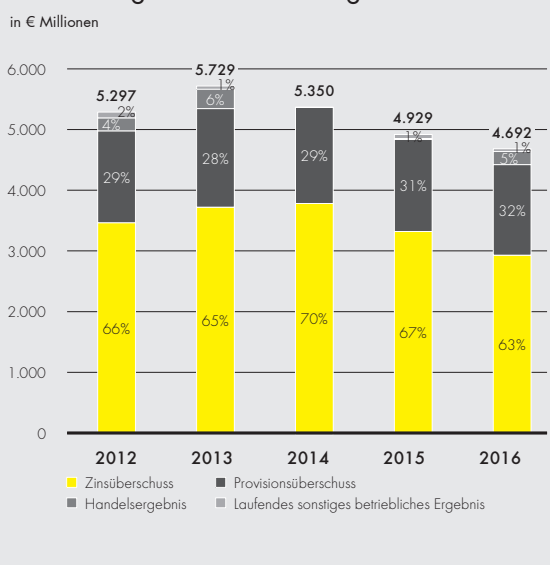
ein Anstieg um 14 Prozent erzielt werden konnte. In Belarus nahm der Zinsüberschuss ebenfalls um € 3 Millionen auf € 128 Millionen zu. Im Segment Non-Core sank er hingegen um 14 Prozent oder € 54 Millionen auf € 331 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei Asien, dessen Beitrag volumenbedingt um 56 Prozent oder € 47 Millionen auf € 37 Millionen abnahm. In den USA sank der Zinsüberschuss – bedingt durch den Abbau des Geschäftsvolumens – ebenfalls um € 11 Millionen auf € 14 Millionen. Dagegen kam es in Polen aufgrund von Repricing-Maßnahmen im Einlagengeschäft zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um 4 Prozent oder € 9 Millionen auf € 262 Millionen.

Die Nettozinsspanne des Konzerns reduzierte sich im Jahresabstand um 22 Basispunkte auf 2,78 Prozent. Davon entfielen 6 Basispunkte auf Wechselkurseffekte im Segment Osteuropa. Der Rückgang der Nettozinsspanne ist auf das bereits erwähnte niedrige Marktzinzniveau insbesondere in den Segmenten Zentral- und Südosteuropa zurückzuführen. Weiters reduzierte sich das Geschäftsvolumen (durchschnittliche zinstragende Aktiva) um 5 Prozent.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss reduzierte sich im Jahresvergleich trotz der Währungsabwertungen in Osteuropa und geringerer Umsätze in Zentraleuropa nur um 1 Prozent oder € 22 Millionen auf € 1.497 Millionen. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft gab dabei um € 28 Millionen auf € 170 Millionen nach. Verantwortlich dafür waren – abgesehen von den Währungseffekten – Volumenrückgänge in Asien und Slowenien, eine gesetzliche Einschränkung der Gebühren für vorzeitige Kreditrückzahlungen in der Slowakei, geringere Garantieerträge in der Konzernzentrale und in Kroatien sowie niedrigere Provisionserträge in Ungarn. Ebenso sank das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds überwiegend in der Slowakei um € 5 Millionen auf € 38 Millionen. Dagegen verzeichnete das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft einen Zuwachs um 3 Prozent oder € 11 Millionen auf € 392 Millionen, vorrangig bedingt durch höhere Erträge in der Tschechischen Republik und in der Konzernzentrale. Das Ergebnis aus dem Verkauf von Eigen- und Fremdprodukten verbesserte sich – vor allem in Polen und Rumänien – ebenso um 15 Prozent oder € 8 Millionen auf € 60 Millionen. Margen- und volumenbedingt stieg auch das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr vor allem in der Konzernzentrale und in Russland um € 7 Millionen auf € 651 Millionen.

Entwicklung der Betriebserträge



Handelsergebnis

Das Handelsergebnis nahm im Jahresvergleich um € 198 Millionen auf € 215 Millionen zu. Im währungsbezogenen Geschäft ergab sich dabei ein Ergebnisanstieg um € 176 Millionen auf € 116 Millionen. Hauptgrund dafür war eine geringere Währungsabwertung der ukrainischen Hryvna als im Vorjahr (Anstieg um € 81 Millionen). Ein positiver Effekt resultierte auch aus dem Entfall eines Absicherungsgeschäfts für Dividendenerträge in russischen Rubeln, aus dem sich im Vorjahr noch eine Belastung von € 70 Millionen ergeben hatte. Darüber hinaus erhöhte sich das Ergebnis durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten sowie aus Fremdwährungspositionen in Russland (Anstieg um € 13 Millionen) und Kroatien (Anstieg um € 6 Millionen). Rückgänge verzeichneten hingegen die Konzernzentrale (Rückgang um € 82 Millionen) und Belarus (Rückgang um € 61 Millionen) durch ein bewertungs- und volumenbedingt geringeres Ergebnis aus offenen Devisenpositionen sowie durch die Beendigung einer strategischen Währungsposition. Das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft stieg – primär aufgrund von Bewertungsgewinnen sowie höherer Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapierpositionen in der Konzernzentrale – um € 51 Millionen auf € 119 Millionen. Dagegen reduzierte sich das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft um € 25 Millionen auf minus € 18 Millionen, resultierend aus der Anpassung der Zinsstrukturkurve aufgrund geänderter Marktbedingungen.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis sank im Periodenvergleich um € 21 Millionen auf € 45 Millionen. Dabei reduzierte sich das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen um € 13 Millionen, hervorgerufen durch höhere Dotierungen für einen Rechtsfall in der Slowakei. Das Ergebnis aus Investment Property sank – vorwiegend aufgrund der Endkonsolidierung einer Konzerneinheit in der Tschechischen Republik – um € 7 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns sanken im Berichtszeitraum um 2 Prozent oder € 66 Millionen auf € 2.848 Millionen. Die Cost/Income Ratio erhöhte sich aufgrund der geringeren Betriebserträge jedoch um 1,6 Prozentpunkte auf 60,7 Prozent.

Personalaufwand

Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 50 Prozent der Personalaufwand, der um 1 Prozent oder € 20 Millionen auf € 1.410 Millionen zunahm. Aufgrund der Entscheidung, für das Geschäftsjahr 2014 keinen Bonus auszuzahlen, waren hier im Vorjahr Bonusrückstellungen in Höhe von € 76 Millionen aufgelöst worden. In der Tschechischen Republik ergab sich – vorwiegend getrieben durch eine höhere Mitarbeiteranzahl aufgrund des Zukaufs des Privatkundengeschäfts der Citibank – ein Zuwachs um € 27 Millionen, und auch in der Slowakei erhöhte sich der Personalaufwand durch den Anstieg der Mitarbeiteranzahl um € 9 Millionen. In der Konzernzentrale stieg der Personalaufwand aufgrund einer höheren Mitarbeiteranzahl und Gehaltsanpassungen ebenfalls um € 7 Millionen. Hingegen sank der Personalaufwand in Russland (minus € 14 Millionen) aufgrund einer Reduktion der Mitarbeiteranzahl und der Währungsentwicklung. In Asien sank der Personalaufwand aufgrund der niedrigeren Mitarbeiteranzahl gleichfalls um € 5 Millionen.

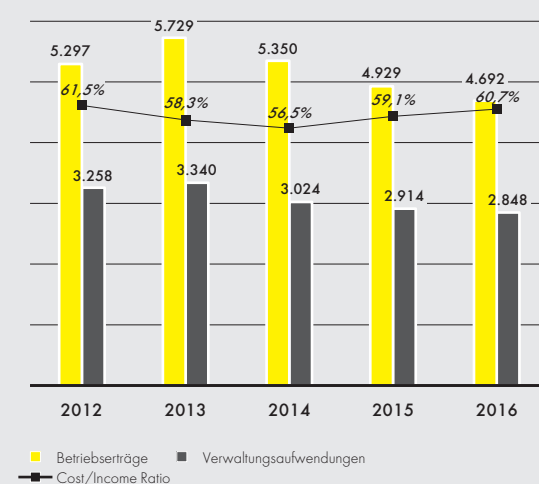
Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 3.906 Personen auf 50.186. Die größten Rückgänge verzeichneten die Ukraine (minus 1.728), Polen aufgrund des Verkaufs der polnischen Leasinggesellschaft (minus 1.143), Russland (minus 358), Slowenien aufgrund des Verkaufs der slowenischen Tochterbank (minus 189) und Ungarn (minus 150). Die höchsten Zuwächse gab es in der Tschechischen Republik (plus 341) und der Slowakei (plus 154).

Sachaufwand

Der Sachaufwand sank um 6 Prozent oder € 66 Millionen auf € 1.107 Millionen, in erster Linie hervorgerufen durch einen Rückgang der Beiträge zur Einlagensicherung vor allem in Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien und Bulgarien um insgesamt € 34 Millionen. Darüber hinaus sanken die Raumaufwendungen aufgrund von Filialschließungen um € 26 Millionen. Die Anzahl der Geschäftsstellen sank im Vergleich zum Jahresende 2015 um 199 auf 2.506. Die größten Rückgänge wurden hier in der Ukraine (minus 80), Polen (minus 58), Rumänien (minus 32) und durch den Verkauf der Tochterbank in Slowenien (minus 13) verzeichnet. Reduktionen erfolgten auch beim Kommunikations- und Kfz-Aufwand, hingegen stiegen die Beiträge zum Bankenabwicklungsfonds um € 10 Millionen und die IT-Aufwendungen um € 6 Millionen.

Entwicklung der Cost/Income Ratio

in € Millionen



Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent oder € 20 Millionen auf € 331 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete hier Ungarn, wo es im Vorjahr zu Wertminderungen im Zusammenhang mit Filialschließungen (€ 5 Millionen) und Software (€ 7 Millionen) gekommen war. Einen Rückgang um € 10 Millionen gab es auch in der Ukraine, wo im Vorjahr Wertminderungen auf Gebäude und die Marke erfolgt waren. 2015 war weiters eine Wertminderung auf die Marke Polbank in Höhe von € 21 Millionen erfolgt, im Berichtsjahr wurden die restlichen € 26 Millionen abgeschrieben. In Russland waren als Folge von Investitionen in Software und Lizenzen höhere Abschreibungen zu verbuchen.

Im Berichtszeitraum investierte der Konzern € 384 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 36 Prozent (€ 137 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 42 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um insgesamt 40 Prozent oder € 509 Millionen auf € 754 Millionen zurück. Dabei fielen die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen mit € 769 Millionen um € 555 Millionen geringer aus, während sich die Nettoauflösungen für Portfolio-Wertberichtigungen um € 45 Millionen auf € 4 Millionen verringerten. Die Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten blieben mit € 10 Millionen nahezu konstant.

Der wesentliche Anteil der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen entfiel im Berichtsjahr auf Firmenkunden, für die Vorsorgen in Höhe von € 506 Millionen gebildet werden mussten. Für Retail-Kunden waren es € 237 Millionen, davon entfielen € 88 Millionen auf die im Vorjahr begonnene Umstellung der Berechnung auf ein ratingbasiertes Modell (PD/LGD) zur Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen. Im Vorjahr waren dafür bereits € 28 Millionen angefallen.

Der größte Rückgang bei den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen wurde in der Ukraine verzeichnet. Im Berichtsjahr ergab sich hier eine Nettoauflösung von € 2 Millionen, nachdem im Vorjahr netto € 212 Millionen dotiert werden mussten. 2015 waren hier aufgrund der wirtschaftlichen Situation in der Donbass-Region noch höhere Allokationen für Retail- und Firmenkunden erforderlich gewesen, zudem hatten die Währungseffekte im Berichtsjahr geringeren Einfluss. In Asien lag der Vorsorgebedarf für Firmenkunden bei € 179 Millionen und somit um € 118 Millionen unter dem Vorjahresniveau. Auch im Segment Group Corporates fielen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen für Großkunden mit € 74 Millionen um € 66 Millionen geringer aus. In Ungarn kam es zu einer Nettoauflösung von € 7 Millionen, während sich die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen für Firmen- und Retail-Kunden im Vorjahr auf € 56 Millionen belaufen hatten. Für diesen Rückgang waren vor allem der Verkauf von notleidenden, mit Immobilien besicherten Krediten sowie Ratingverbesserungen von Firmenkunden verantwortlich. Die Kreditrisikosituation von Firmen- und Retail-Kunden verbesserte sich auch in Russland, hier lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen mit € 145 Millionen um € 36 Millionen unter dem Vorjahreswert. In Bulgarien führte die Abwicklung einiger notleidender Kredite von Firmenkunden zu einem Rückgang um € 32 Millionen, im Berichtsjahr ergab sich netto kein Vorsorgebedarf. Anders die Situation in Albanien, wo durch den Ausfall einiger Großkunden ein Anstieg der Nettodotierungen um € 34 Millionen auf € 65 Millionen zu verzeichnen war.

Die deutliche Verbesserung des Kreditrisikos zeigt auch der Bestand an notleidenden Kundenkrediten, der im Jahresverlauf um € 1.843 Millionen auf € 6.486 Millionen sank. Hauptverantwortlich dafür waren Verkäufe von notleidenden Krediten (€ 1.187 Millionen), der restliche Rückgang lag überwiegend an der Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen. Währungseffekte führten hingegen zu einem Anstieg um € 52 Millionen. Die größten Reduktionen verzeichneten Group Corporates (Rückgang um € 587 Millionen), Ukraine (Rückgang um € 299 Millionen), Ungarn (Rückgang um € 252 Millionen), Group Markets (Rückgang um € 233 Millionen), Russland (Rückgang um € 152 Millionen), Slowenien (Rückgang um € 121 Millionen infolge Verkaufs der slowenischen Tochterbank), Bulgarien (Rückgang um € 77 Millionen) und Kroatien (Rückgang um € 72 Millionen). Die NPL Ratio sank im Jahresvergleich um 2,7 Prozentpunkte auf 9,2 Prozent. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 4.905 Millionen gegenüber. Trotz der Verkäufe und Ausbuchungen verbesserte sich die NPL Coverage Ratio von 71,3 Prozent auf 75,6 Prozent.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – sank im Jahresvergleich um 0,59 Prozentpunkte auf 1,05 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten sank im Jahresvergleich um € 184 Millionen auf minus € 189 Millionen. Dafür verantwortlich war vor allem das Ergebnis aus Credit-Spread-Veränderungen für eigene Verbindlichkeiten, das wegen geringerer Risikoaufschläge für die RBI um € 116 Millionen auf minus € 119 Millionen sank. Das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten fiel ebenfalls um € 68 Millionen geringer aus.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um € 84 Millionen auf € 153 Millionen. Ausschlaggebend dafür war vor allem das Veräußerungsergebnis aus Unternehmensanteilen, das im Jahresvergleich mit € 145 Millionen um € 144 Millionen höher ausfiel. Dabei brachte der im Juni 2016 abgeschlossene Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. einen Erlös von € 132 Millionen, von denen € 78 Millionen aus dem sonstigen Ergebnis übertragen wurden. Die Wertberichtigungen auf Unternehmensanteile fielen im Berichtsjahr mit € 18 Millionen um € 28 Millionen geringer aus. Dagegen sanken die Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands um € 59 Millionen auf € 16 Millionen, vor allem hervorgerufen durch deutlich niedrigere Bewertungsergebnisse von an den US-Dollar gekoppelten festverzinslichen Staatsanleihen in der Ukraine. Ebenso reduzierte sich das Ergebnis aus der Veräußerung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands um € 23 Millionen. Dieser Rückgang resultierte vor allem aus einem im Vorjahr erfolgten Verkauf von isländischen Anleihen der Konzernzentrale.

Bankenabgaben und Sondereffekte

Der Aufwand für Bankenabgaben stieg im Vorjahresvergleich um € 39 Millionen auf € 158 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren Aufwendungen in Höhe von € 34 Millionen für die in Polen erstmals angefallene Bankenabgabe.

Im zweiten Quartal 2016 ist in Rumänien das so genannte „Walkaway Law“ in Kraft getreten. Aus der erwarteten Inanspruchnahme dieser Regelung resultierte in der Berichtsperiode ein Vorsorgebedarf in Höhe von € 27 Millionen. Dieses neue Hypothekarkreditgesetz besagt, dass Kreditnehmer ihre Immobilien an die Banken überschreiben und auf diese Weise ihre Schuld tilgen können – auch wenn das aushaftende Kreditvolumen den Immobilienwert übersteigt. Das Gesetz bezieht sich währungsunabhängig auf bestimmte von Privatpersonen aufgenommene Hypothekarkredite und ist rückwirkend anwendbar. Da dies aus Sicht des Konzerns gegen die rumänische Verfassung verstößt, wurden entsprechende Verfahren eingeleitet. Das rumänische Verfassungsgericht hob im Oktober 2016 Teile des Gesetzes, die mit der rückwirkenden Anwendung in Zusammenhang stehen, wieder auf.

In Ungarn war es im Vorjahr im Zusammenhang mit der Durchführung der 2014 im Settlement Act geforderten Anpassungen zu einer teilweisen Auflösung der gebildeten Rückstellung in Höhe von € 67 Millionen gekommen, in der Berichtsperiode erfolgten weitere Auflösungen von € 7 Millionen.

In Kroatien hatte ein Gesetz über die Zwangskonvertierung von Schweizer-Franken-Krediten im Vorjahr zu einem negativen Sondereffekt in Höhe von € 77 Millionen geführt (2016: minus € 10 Millionen). Ein von den Banken eingeleitetes Verfahren gegen die kroatische Regierung wegen Verfassungswidrigkeit des Gesetzes ist anhängig.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Berichtsjahr wurde aus der Endkonsolidierung von 16 Tochterunternehmen ein Ergebnis von € 19 Millionen erzielt, das überwiegend aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft resultierte. Im Vorjahr war aufgrund des Ausscheidens von 28 Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis ein Ergebnis von € 41 Millionen entstanden. Dabei stand dem Erlös aus dem Verkauf des 75-Prozent-Anteils am russischen Pensionsfonds ZAO NPF Raiffeisen, Moskau, in Höhe von € 86 Millionen eine Wertminderung von € 52 Millionen auf zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte gegenüber, die sich aus dem Verkauf der slowenischen Tochterbank Raiffeisen Banka d.d., Maribor, ergab. Von den 16 im Berichtsjahr ausgeschiedenen Tochterunternehmen wurden neun aufgrund von Unwesentlichkeit, sechs infolge Verkaufs und ein weiteres aufgrund einer Änderung der Kontrollverhältnisse endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren überwiegend im Leasing-, Finanzierungs- und Bankgeschäft sowie als Anbieter von Nebendienstleistungen tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen im Jahresvergleich um 13 Prozent oder € 36 Millionen auf € 312 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren die Ausbuchung von Steuerforderungen aus Vorperioden in Polen sowie die Rückkehr zu positiven steuerlichen Ergebnissen in der Ukraine und in Kroatien. Die effektive Steuerquote lag im Berichtsjahr mit 35 Prozent deutlich über dem österreichischen Ertragsteuersatz von 25 Prozent. Dies beruhte vor allem auf steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen vor allem in Russland, der Tschechischen Republik, der Konzernzentrale und der Ukraine sowie steuerlich nicht aktivierbaren Verlustvorträgen in der Konzernzentrale und in Ungarn.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2016	Q3/2016	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	748	732	16	2,2%
Provisionsüberschuss	400	378	22	5,7%
Handelsergebnis	78	52	27	51,3%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	- 4	24	- 28	-
Betriebserträge	1.222	1.186	36	3,1%
Personalaufwand	- 362	- 347	- 15	4,4%
Sachaufwand	- 293	- 245	- 48	19,4%
Abschreibungen	- 94	- 95	1	- 1,2%
Verwaltungsaufwendungen	- 749	- 687	- 62	9,0%
Betriebsergebnis	474	499	- 25	- 5,0%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 251	- 100	- 151	151,4%
Übrige Ergebnisse	- 82	- 103	21	- 20,0%
Ergebnis vor Steuern	140	296	- 156	- 52,7%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 46	- 84	38	- 45,0%
Ergebnis nach Steuern	94	212	- 118	- 55,8%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	- 25	- 28	4	- 13,9%
Konzernergebnis	69	184	- 114	- 62,3%

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2016 stieg der Zinsüberschuss im vierten Quartal um 2 Prozent oder € 16 Millionen auf € 748 Millionen. Die Nettozinsspanne (gerechnet auf die zinstragenden Aktiva) erhöhte sich im Quartalsvergleich um 6 Basispunkte auf 2,83 Prozent. Hauptverantwortlich für diese positive Entwicklung war ein Anstieg der Zinserträge aus Forderungen an Kunden um € 21 Millionen, vorwiegend in Russland und in der Konzernzentrale.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem dritten Quartal um 6 Prozent oder € 22 Millionen auf € 400 Millionen. Dieser Anstieg basierte teilweise auf der Währungsentwicklung in Osteuropa, war aber überwiegend volumenbedingt. Den größten Zuwachs verzeichnete das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr mit einer Steigerung um 5 Prozent oder € 9 Millionen auf € 176 Millionen, hervorgerufen durch volumen- und margenbedingt höhere Provisionserträge in Russland, der Konzernzentrale sowie in Rumänien. Das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft verbesserte sich durch höhere Garantieerträge in der Konzernzentrale und Volumenzuwächse vorrangig in Russland und in der Tschechischen Republik um € 7 Millionen auf € 46 Millionen. Ebenso stieg das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft vor allem in der Konzernzentrale sowie in Polen um € 6 Millionen auf € 105 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorquartal um € 27 Millionen auf € 78 Millionen. Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft verzeichnete dabei einen Anstieg um € 21 Millionen auf € 44 Millionen, in erster Linie bedingt durch wechselkursbedingte Bewertungsgewinne aus Fremdwährungspositionen sowie aus derivativen Finanzinstrumenten in der Konzernzentrale, in der Raiffeisen Centrobank und in Russland. Dem standen Bewertungsverluste aus Fremdwährungspositionen vor allem in der Ukraine und in Asien gegenüber. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft verzeichnete einen Zuwachs um € 6 Millionen, der aus gestiegenen Geschäftsaktivitäten im Bereich Wertpapierhandel sowie aus positiven Bewertungseffekten im Zusammenhang mit geänderten Marktbedingungen resultierte.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis ging im vierten Quartal um € 28 Millionen auf minus € 4 Millionen zurück. Hauptverantwortlich dafür waren das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen, das sich um € 8 Millionen aufgrund der Dotierung für einen Rechtsfall in der Slowakei verringerte und das Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten, das sich um € 7 Millionen, vorwiegend hervorgerufen durch in der Vorperiode getätigte Verkäufe in der Slowakei, reduzierte.

Verwaltungsaufwendungen

Mit € 749 Millionen lagen die Verwaltungsaufwendungen im vierten Quartal um 9 Prozent oder € 62 Millionen über dem Wert des Vorquartals von € 687 Millionen.

Dabei stieg der Personalaufwand im vierten Quartal um € 15 Millionen auf € 362 Millionen. Neben Währungseffekten waren dafür höhere Löhne und Gehälter vor allem in Russland, der Ukraine und der Tschechischen Republik ausschlaggebend, während der Personalaufwand in Polen und Asien aufgrund niedrigerer Mitarbeiterzahlen sank.

Der Sachaufwand erhöhte sich um € 48 Millionen auf € 293 Millionen. Dafür waren größtenteils saisonbedingt höhere Werbe-, Rechts- und Beratungsaufwendungen in nahezu allen Ländern verantwortlich.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Quartalsvergleich um € 1 Million auf € 94 Millionen. Im Vorquartal war es zu einer Wertminderung der Marke Polbank gekommen, während im vierten Quartal höhere Abschreibungen auf Sachanlagen überwiegend in der Slowakei verzeichnet wurden.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahmen gegenüber dem dritten Quartal um € 151 Millionen auf € 251 Millionen zu. Hauptverantwortlich dafür waren vor allem Russland, Asien, Kroatien und das Segment Group Corporates. In Russland lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 60 Millionen höher als im Vorquartal, zurückzuführen auf einen größeren Einzelfall sowie die Umstellung auf PD/LGD-basierte Berechnung der Portfolio-Wertberichtigungen für Retail-Kunden. In Asien wurden um € 39 Millionen höhere Kreditrisikovorsorgen für Firmenkunden gebildet, während in Kroatien höhere Kreditrisikovorsorgen sowohl für Firmen- als auch Retail-Kunden für einen Anstieg um € 29 Millionen verantwortlich waren. Im Segment Group Corporates lag der Vorsorgebedarf um € 24 Millionen über dem Vorquartalswert.

Insgesamt zeigten die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen einen Anstieg um € 116 Millionen auf € 226 Millionen. Portfolio-Wertberichtigungen wurden im vierten Quartal im Umfang von € 28 Millionen netto gebildet, während hier im dritten Quartal Nettoauflösungen von € 5 Millionen verzeichnet worden waren.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank – überwiegend bedingt durch Verkäufe von notleidenden Krediten – gegenüber dem Vorquartal um € 663 Millionen auf € 6.486 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang sogar bei € 778 Millionen. Dabei kam es in nahezu allen Ländern zu Reduktionen, insbesondere in Ungarn (Rückgang um € 215 Millionen), Russland (Rückgang um € 144 Millionen), Asien (Rückgang um € 112 Millionen), Polen (Rückgang um € 70 Millionen) und der Ukraine (Rückgang um € 55 Millionen). Die NPL Ratio nahm im Quartalsvergleich von 10,2 Prozent auf 9,2 Prozent ab, die NPL Coverage Ratio erhöhte sich um 3,6 Prozentpunkte auf 75,6 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten verbesserte sich im vierten Quartal um € 16 Millionen auf minus € 55 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken gehaltenen derivativen Finanzinstrumenten, während das Ergebnis aus Credit-Spread-Veränderungen der eigenen Emissionen minus € 12 Millionen betrug.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen sank im vierten Quartal um € 7 Millionen auf minus € 13 Millionen, vorwiegend zurückzuführen auf höhere Wertberichtigungen auf Beteiligungen.

Bankenabgaben, Sondereffekte und Firmenwerte

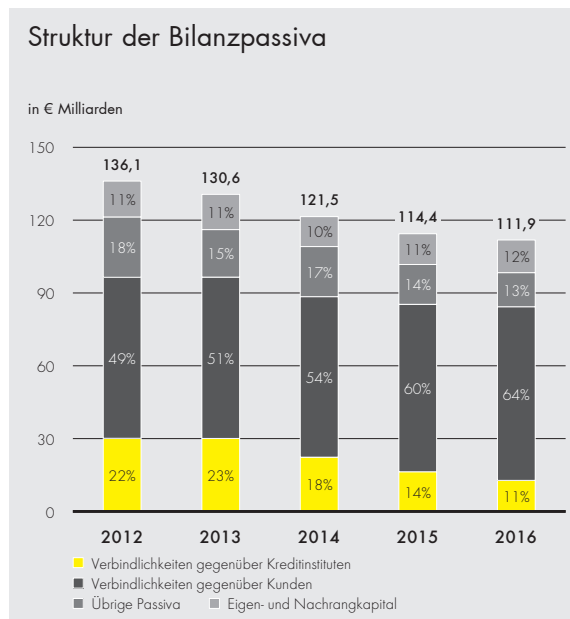
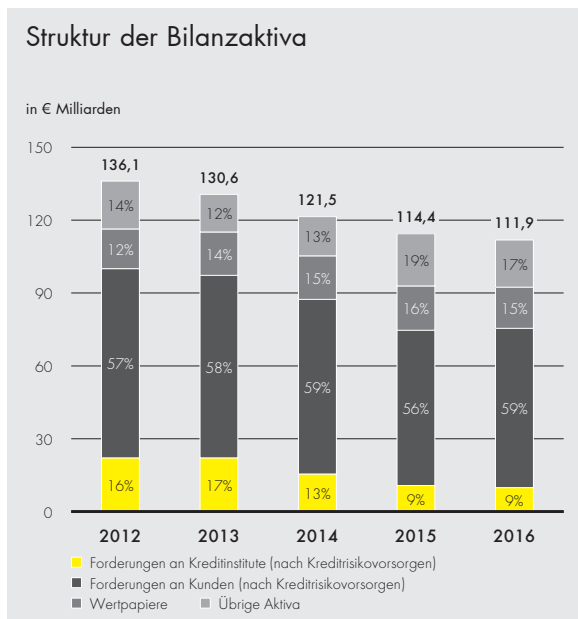
Die Bankenabgaben betragen im vierten Quartal € 43 Millionen (drittes Quartal: € 34 Millionen). Die größten Anteile davon entfielen auf die Konzernzentrale (€ 23 Millionen) sowie auf Polen (€ 9 Millionen). Im zweiten Quartal 2016 trat in Rumänien das so genannte „Walkaway Law“ in Kraft. Aus der erwarteten Inanspruchnahme dieser neuen Regelung wurden im Mai Vorsorgen in Höhe von € 43 Millionen gebildet. Im vierten Quartal kam es hier zu Auflösungen in Höhe von € 12 Millionen und im dritten Quartal in Höhe von € 3 Millionen.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand sank im Quartalsvergleich um € 38 Millionen auf € 46 Millionen, bedingt vor allem durch die Entwicklung in der Ukraine, Russland und der Slowakei. Die effektive Steuerquote belief sich auf 33 Prozent nach 28 Prozent im Vorquartal.

Bilanz

Die Bilanzsumme des Konzerns ging im Verlauf des Jahres 2016 um 2 Prozent oder € 2.563 Millionen auf € 111.864 Millionen zurück. Auf Konsolidierungskreisänderungen entfielen von diesem Rückgang rund € 2.400 Millionen, die hauptsächlich aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft und der slowenischen Tochterbank resultierten. Aus der Währungsentwicklung - vor allem der Aufwertung des russischen Rubels (plus 25 Prozent) und des US-Dollars gegenüber dem Euro (plus 3 Prozent) - ergab sich umgekehrt ein Zuwachs um rund € 1.700 Millionen.



Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 50 Millionen) gingen im Jahresabstand um 9 Prozent oder € 937 Millionen auf € 9.900 Millionen zurück. Hauptverantwortlich dafür war ein – vor allem in der Konzernzentrale angefallener – Rückgang der Forderungen aus dem Kreditgeschäft um € 1.004 Millionen auf € 1.412 Millionen. Dagegen stiegen die Forderungen aus Pensionsgeschäften und Wertpapierleihen um € 2.194 Millionen auf € 3.374 Millionen.

Die Forderungen an Kunden vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 4.905 Millionen) stiegen im Berichtsjahr um 1 Prozent oder € 593 Millionen auf € 70.514 Millionen. Hier wuchsen vor allem die Forderungen gegenüber Retail-Kunden per Saldo um € 943 Millionen auf € 25.578 Millionen, während die Forderungen an Firmenkunden um € 195 Millionen auf € 44.277 Millionen und die Forderungen gegenüber dem öffentlichen Sektor um € 155 Millionen auf € 659 Millionen zurückgingen. Im Bereich der Privatpersonen war ein Anstieg von € 1.514 Millionen zu verzeichnen. Dabei stiegen die Ausleihungen an Privatpersonen überwiegend in Russland (hier vor allem währungsbedingt), in der Tschechischen Republik (durch organisches Wachstum im Kredit- und Hypothekarkreditgeschäft und die Akquisition des Privatkunden- und Kreditkartengeschäfts der Citibank) sowie in der Slowakei an. Der bei den Forderungen gegenüber Klein- und Mittelbetrieben verzeichnete Rückgang um € 571 Millionen auf € 2.185 Millionen ist auf den Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft zurückzuführen. Rückgänge bei den Forderungen an Firmenkunden in Asien und in den USA durch den planmäßigen Abbau des Geschäftsvolumens wurden durch Zuwächse in der Tschechischen Republik, in Russland (hier vor allem wieder währungsbedingt) und in Rumänien größtenteils ausgeglichen.

Die Position Wertpapiere ging vor allem in der Konzernzentrale und in Polen um € 1.253 Millionen auf € 16.972 Millionen zurück. Der bei den übrigen Aktiva verbuchte Rückgang um € 2.065 Millionen resultierte überwiegend aus Reduktionen der Barreserve um € 970 Millionen (vor allem in der Konzernzentrale), der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte (IFRS 5) um € 745 Millionen (Verkauf der slowenischen Tochterbank, Umgliederung Zuno) sowie der Handels- und Bankbuchderivate um € 324 Millionen.

Passiva

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns über Kreditinstitute (zumeist Geschäftsbanken) verminderte sich um 22 Prozent oder € 3.553 Millionen auf € 12.816 Millionen. Dabei kam es vor allem in der Konzernzentrale und in Asien zu einem Abbau von kurz- und langfristigen Einlagen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Jahresverlauf um 4 Prozent oder € 2.547 Millionen auf € 71.538 Millionen. Hier verzeichneten vor allem die Einlagen von Retail-Kunden Zuwächse um € 4.885 Millionen auf € 38.529 Millionen, während die Einlagen von Firmenkunden um € 2.089 Millionen auf € 31.544 Millionen abnahmen. Der bei den Einlagen von Privatpersonen eingetretene Anstieg um € 4.032 Millionen stammte überwiegend in der Tschechischen Republik (organisches Wachstum und Zukauf eines Teilbetriebs), Russland, der Slowakei und Rumänien. Die Einlagen von Klein- und Mittelbetrieben wuchsen ebenso um € 853 Millionen auf € 5.949 Millionen, vor allem bedingt durch die Entwicklung in der Tschechischen Republik und Slowakei. Ein Rückgang der Einlagen von Firmenkunden wurde vor allem in der Konzernzentrale (Rückzahlungen) sowie in Polen und der Slowakei aufgrund des Abbaus von Überliquidität verzeichnet. Vor allem die Einlagen von Großkunden nahmen um € 2.083 Millionen auf € 28.561 Millionen ab.

Die übrigen Passiva sanken um € 2.328 Millionen auf € 14.073 Millionen. Dabei nahmen die verbrieften Verbindlichkeiten – hauptsächlich durch den geringeren Refinanzierungsbedarf – um € 856 Millionen ab, die zur Veräußerung gehaltenen Verbindlichkeiten (IFRS 5) reduzierten sich um € 1.294 Millionen (Verkauf der slowenischen Tochterbank, Umgliederung Zuno).

Funding

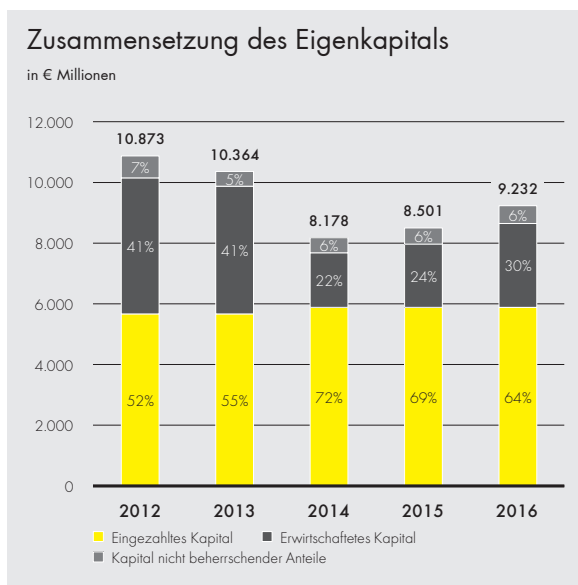
Für Informationen zum Funding wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzernergebnis und dem Kapital der nicht beherrschenden Anteile zusammensetzt, erhöhte sich gegenüber dem Jahresresultimo 2015 um 9 Prozent oder € 731 Millionen auf € 9.232 Millionen. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war das Gesamtergebnis in Höhe von € 763 Millionen, während Dividendenzahlungen an nicht beherrschende Anteilseigner das Kapital um € 40 Millionen reduzierten. Für das Geschäftsjahr 2015 wurde keine Dividende an die Aktionäre der RBI ausbezahlt.

Das auf den Eigenanteil entfallende Gesamtergebnis von € 667 Millionen setzte sich aus dem Konzernergebnis von € 463 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von € 204 Millionen zusammen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellten die Währungsdifferenzen dar, die sich in der Berichtsperiode auf € 299 Millionen beliefen (2015: minus € 185 Millionen). Die größten Veränderungen ergaben sich hier durch die Aufwertung des russischen Rubels, die sich mit € 348 Millionen positiv auswirkte, sowie durch die Abwertung des polnischen Zloty, die das Eigenkapital um € 49 Millionen verringerte. Da ein Teil des Eigenkapitals in diesen Währungen abgesichert wurde, führte die aktuelle Kursentwicklung auch zu einem negativen Ergebnis von € 43 Millionen aus dem Capital Hedge. Der Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an Visa Inc. führte durch die Realisierung von € 122 Millionen zu einem negativen Ergebnis von € 70 Millionen in der Position Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.



Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile erhöhte sich um € 47 Millionen auf € 581 Millionen. Dies beruhte in erster Linie auf dem Gesamtergebnisanteil der nicht beherrschenden Anteile in Höhe von € 96 Millionen, den Dividendenzahlungen in Höhe von € 40 Millionen an die Minderheitsgesellschafter von Konzern-einheiten – überwiegend der Tatra Banka (€ 24 Millionen) und der Raiffeisenbank in der Tschechischen Republik (€ 13 Millionen) – sowie weiteren kleineren Kapitalbewegungen.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Dabei wird die RBI gemäß Artikel 11 CRR auf subkonsolidierter Ebene von der EZB beaufsichtigt, womit sie nicht nur als Einzelinstitut, sondern auch als Teilkonzern den Bestimmungen der CRR unterliegt. Die RBI ist auch Teil des regulatorischen RZB-Konzerns. Neben den durch die CRR definierten Mindestmittelerfordernissen muss die RBI auch die von der EZB

im Rahmen des SREP-Prozesses aufgestellten Eigenmittelerfordernisse erfüllen. Diesbezüglich wird auf den Anhang im Konzernabschluss, Punkt (47) Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG, verwiesen.

Das harte Kernkapital nach Abzugsposten erreichte zum Bilanzstichtag einen Wert von € 8.339 Millionen. Dies bedeutet einen Anstieg um € 668 Millionen gegenüber dem Vergleichswert 2015, der vor allem auf der Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2016 sowie auf positiven Währungseffekten, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Rubel, beruht. Diesen positiven Effekten stand die Anwendung der Übergangsbestimmungen für 2016 sowie die seit Mai nicht mehr mögliche Anrechnung des Hybridkapitals der RZB Finance Jersey IV aufgrund der im Prospekt festgelegten Änderung der Zinskonditionen gegenüber. Die ergänzenden Eigenmittel (Tier-2-Kapital) reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um € 118 Millionen auf € 3.198 Millionen, zurückzuführen vor allem auf ausgelaufene Tier-2-Kapitalinstrumente in der RBI AG. Die gesamten Eigenmittel nach CRR betragen zum 31. Dezember 2016 € 11.537 Millionen und damit um € 550 Millionen mehr als zum Jahresende 2015.

Den Eigenmitteln stand ein Eigenmittelerfordernis von € 4.805 Millionen gegenüber. Das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko belief sich dabei auf € 3.907 Millionen. Der hier eingetretene Rückgang um € 209 Millionen basiert auf dem Verkauf der Raiffeisen-Leasing Polska und der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, der Ratingverbesserung in Belarus und der Ukraine sowie auf dem Exposure-Abbau im Segment Non-Core. Das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen betrug € 214 Millionen, dies entspricht einem Rückgang um € 27 Millionen. Der Rückgang des Eigenmittelerfordernisses für das operationelle Risiko um € 21 Millionen auf € 684 Millionen ist auf die Umstellung größerer Einheiten auf den fortgeschrittenen Ansatz zurückzuführen.

Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 13,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 19,2 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent und eine Eigenmittelquote (fully loaded) von 18,9 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank im Rahmen ihres Tätigkeitsfelds auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung aktiv.

Im Bereich des Financial Engineering entwickelt sie etwa für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisrisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI auch im Bereich Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung von integrierten Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

In Zentral- und Osteuropa zählen die Tochterbanken in der Slowakei und in Tschechien zu den führenden Banken im Bereich Mobile- und Online-Banking. Um aus den Erfahrungen und vom Know-how in diesen Märkten zu lernen, wurde Ende 2016 ein umfassendes Projekt zur Erstellung einer konzernweiten digitalen Roadmap gestartet.

Im Innovation Management werden durch die Vernetzung mit aufstrebenden Start-up-Unternehmen, renommierten Forschungseinrichtungen und Querdenkern neue Impulse und Lösungen für geänderte Kundenbedürfnisse gesetzt und der Raiffeisen Bankengruppe zur Verfügung gestellt. Auch hier liegt der Fokus auf dem Aufbau einer Innovationskultur und der Begleitung der digitalen Transformation der gesamten Raiffeisen Bankengruppe.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Dieses ist im unternehmensweiten Rahmenwerk für das Interne Kontrollsystem (IKS) eingebettet.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, den Vorstand dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für den Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Direktiven und Anweisungen für strategisch wichtige Themenbereiche als zentrales Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist die Geschäftsleitung der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss von Accounting & Reporting, angesiedelt im Bereich des Finanzvorstands. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, Beteiligungen, Markenrechten und Firmenwerten. Auch beim Sozialkapital sowie der Bewertung von Wertpapieren liegen Einschätzungen zugrunde.,,

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RZB bzw. der RBI. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden. Die Abstimmungs- und Validierungskontrollen werden innerhalb der gesamten Rechnungslegungsprozesse in die Aggregations-, Berechnungs- und Bewertungsaktivitäten eingebettet.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch Direkteingabe oder automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden im Accounting & Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die vom Abschlussprüfer vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene. Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards werden dabei im RZB Group Accounts Manual definiert bzw. erläutert und sind für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Fragestellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die veröffentlichten Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsengesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorschaurechnungen für den Konzern. Der von Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Finanzberichterstattung ist ein Schwerpunktthema im IKS, in dem die Rechnungslegungsprozesse einer zusätzlichen Überwachung und Kontrolle unterzogen werden und deren Ergebnisse dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess zu überwachen. Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Gemäß Zielbetriebsmodell werden sukzessive drei Verteidigungslinien (lines of defence) errichtet, um den erhöhten Anforderungen an die internen Kontrollsysteme gerecht zu werden.

Die sogenannte „First line of defense“ bilden dabei die Fachbereiche, in der die Abteilungsleiter für die Überwachung ihrer Geschäftsfelder zuständig sind. Hier werden gemäß der dokumentierten Prozesse in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die zweite Verteidigungslinie wird durch themenspezifische Spezialbereiche abgedeckt. Das sind zum Beispiel Compliance, Data Quality Governance, Operational Risk Controlling oder Security & Business Continuity Management. Sie sollen in erster Linie die Fachbereiche bei den Kontrollschritten unterstützen, die tatsächlichen Kontrollen validieren und State-of-the-art-Praktiken in die Organisation einbringen.

Als dritte Stufe ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Group Internal Audit der RZB sowie von der jeweiligen internen Revision der Konzerneinheiten wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionsspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter). Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Group Internal Audit berichtet direkt an die Vorstände.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben erfüllen die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2016 € 893.586.065,90 und ist in 292.979.038 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2016 509.977 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 292.469.061 Aktien im Umlauf befanden. Im Vergleich zum 31. Dezember 2015 (557.295 Stück) ergibt sich daraus ein Abgang von 47.318 Stück, der auf der Übertragung eigener Aktien im Rahmen des aktienbasierten Vergütungsprogramms beruht. Für weitere Angaben wird auf den Anhang zu Punkt (32) verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Die Raiffeisen-Landesbanken als Aktionäre der RZB sind Parteien von Syndikatsvereinbarungen in Bezug auf die RZB AG. Diese Syndikatsvereinbarungen sollen durch einen neuen Syndikatsvertrag der Raiffeisen-Landesbanken für die RBI AG ersetzt werden, der am Tag der Rechtswirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG in Kraft treten soll. Im Syndikatsvertrag beabsichtigen die Raiffeisen-Landesbanken, neben u. a. einer Stimmbindung und Vorkaufsrechten zu vereinbaren, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG Verkäufe von durch die Raiffeisen-Landesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) nicht möglich sind (Lock-Up-Periode), wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisen-Landesbanken (unmittelbar und/oder mittelbar) an der RBI AG 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde. Nach Ablauf der Lock-Up-Periode gilt dafür eine Anteilsschwelle von 40 Prozent des Grundkapitals an der RBI AG.

(3) Die RZB AG hält zum 31. Dezember 2016 über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH rund 60,7 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft. Die der RZB AG zuzurechnenden Stimmrechte aus den 177.847.115 Aktien an der RBI AG werden aufgrund einer Syndikatsvereinbarung jeweils gemäß §§ 91 und 92 Z 7 BörseG auch den einzelnen Raiffeisen-Landesbanken als Syndikatspartnern und deren dem Syndikatsvertrag beigetretenen Holdinggesellschaften, die zusammengerechnet rund 90,43 Prozent des Grundkapitals und der Stimmrechte an der RZB AG halten, als gemeinsam vorgehenden Rechtsträgern zugerechnet (siehe am 19. Juli 2016 veröffentlichte Stimmrechtsmitteilung). Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen. In Bezug auf die in der außerordentlichen Hauptversammlung der RBI AG am 24. Jänner 2017 beschlossene Verschmelzung wird auf das Kapitel „Verschmelzung“ in diesem Geschäftsbericht verwiesen.

(4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB AG das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern. In der außerordentlichen Hauptversammlung der RBI AG am 24. Jänner 2017 wurde die Streichung des Entsendungsrechts in § 9 der Satzung der RBI AG beschlossen. Das Entsendungsrecht wird daher mit Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch gegenstandslos. Gemäß Syndikatsvertrag der Raiffeisen-Landesbanken für die RBI AG sollen nach Rechtswirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG neun Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG durch die Raiffeisen-Landesbanken nominiert werden können. Neben den von den Raiffeisen-Landesbanken nominierten Mitgliedern sollen dem Aufsichtsrat der RBI AG künftig drei (statt bisher zwei) nicht der Raiffeisen Bankengruppe Österreich zurechenbare unabhängige Vertreter des Streubesitzes angehören. Die Umsetzung dieser Regelung soll anlässlich der ordentlichen Hauptversammlung der RBI AG im Jahr 2017 stattfinden.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl gestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (zum Entsendungsrecht der RZB AG siehe oben Punkt (4)). Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht

kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000,-, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG zum Erwerb und, ohne dass die Hauptversammlung vorher nochmals befasst werden muss, gegebenenfalls zur Einziehung eigener Aktien. Der Anteil der zu erwerbenden und bereits erworbenen eigenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Die Dauer der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist mit 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung in der Hauptversammlung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, begrenzt. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1,- pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börsenschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweise oder ganzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden und gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Juni 2021.

Sowohl dieser Beschluss als auch ein darauf beruhendes Rückkaufprogramm oder ein allfälliges Wiederverkaufsprogramm sowie deren Dauer sind zu veröffentlichen. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 beschlossene Ermächtigung gemäß § 65 Abs 1 Z 4 und Z 8 AktG zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien und bezieht sich hinsichtlich der Verwendung auch auf den von der Gesellschaft bereits erworbenen Bestand eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2016 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft am Ende jeden Tages nicht übersteigen darf. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unter- und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Diese Ermächtigung ersetzt die

in der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 beschlossene Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG ist als Tochterunternehmen der RZB im Rahmen der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB mitversichert. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RZB-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RZB-Gruppe scheidet die RBI AG zum Zeitpunkt der Verschmelzung aus dem gruppenweiten Versicherungsschutz aus. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für Schadenersatzansprüche aus vor der Verschmelzung begangenen Pflichtverletzungen, die dem Versicherer vor einer etwaigen Beendigung der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB und danach innerhalb der vereinbarten Nachmeldefrist von fünf Jahren gemeldet werden.
- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartezeit (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit einem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung (die mit Wirksamkeit der Verschmelzung durch Confusio untergeht) zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und des Logos „Raiffeisen Bank International“ für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.
- Die RBI AG ist Mitglied des Fachverbands der Raiffeisenbanken. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG, in dessen Rahmen Gesellschafter von außerhalb der Raiffeisen Bankengruppe Österreich die Kontrolle erlangen, kann die Mitgliedschaft im Fachverband der Raiffeisenbanken und die Mitgliedschaft in der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich enden.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Risikomanagement

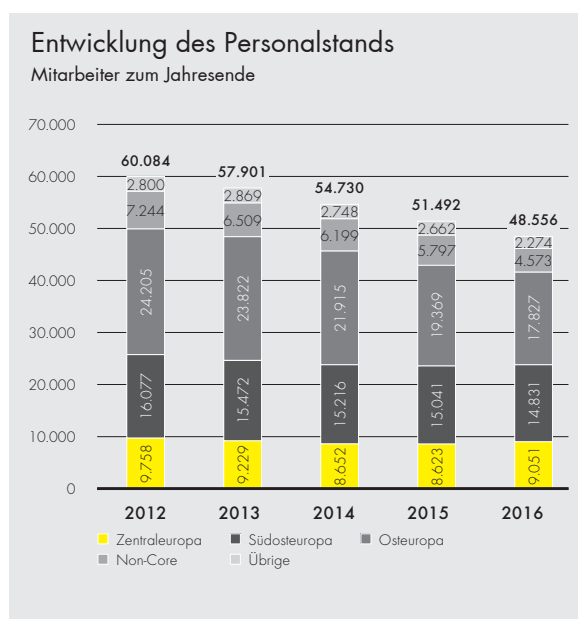
Für Informationen zum Risikomanagement wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Corporate Governance

Weitere Informationen dazu befinden sich im Geschäftsbericht im Kapitel Corporate-Governance-Bericht sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance) .

Human Resources

Der Bereich Human Resources (HR) befasst sich mit den wesentlichen Unternehmensprozessen zur Steuerung der personellen Ressourcen im Konzern, wobei die Bedürfnisse der Mitarbeiter und die Interessen des Unternehmens aufeinander abzustimmen sind. Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die RBI mit 48.556 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) um 2.936 Personen bzw. 6 Prozent weniger als Ende 2015. Der Großteil dieses Rückgangs ist auf die Entwicklungen in der Ukraine, Polen und Slowenien zurückzuführen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 37 Jahren weiterhin relativ niedrig, der Frauenanteil lag bei 67 Prozent. Mit einer Akademikerquote von 76 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf.



Fachausbildung und Führungskräfteentwicklung

2016 wurden die Ausbildungsbudgets vorwiegend für strategische Ziele und Initiativen genutzt. Zusätzlich zur Sicherstellung regulatorischer Trainingserfordernisse zählten verstärkt für das Geschäft bedeutende Themenfelder wie z. B. Digital Banking, Vertrieb, gehobenes Privatkundengeschäft, Procurement und IT zu den Schwerpunkten. Die „Branch Management Academy“, eine Ausbildungsinitiative für Führungskräfte im Vertrieb, wurde flächendeckend im Konzern umgesetzt.

Bei der Führungskräfteentwicklung lag das Hauptaugenmerk darauf, die Kompetenzen der Führungskräfte im Veränderungsmanagement sowie in Mitarbeiterführung, Motivation und Kommunikation zu stärken. Auch der Einsatz reflektiver Lernmethoden, wie z. B. 360° Feedback, Coaching und Mentoring, oder erfahrungsbasierter Methoden wie Job Rotation wurde weiter ausgebaut.

In der Tochterbank in Albanien etwa wurde unter dem Titel „Growth is a Marathon, not a Sprint“ ein vielfältiges Entwicklungsprogramm initiiert, um Führungskräfte fit für die Herausforderungen des immer komplexeren Umfelds zu machen und Wachstum zu ermöglichen.

Unter dem Titel „FIRE“ (Freedom - Inspiration - Raiffeisen - Energy) wurde ein ähnliches Programm auch in Ungarn umgesetzt, das auf wesentliche Führungseigenschaften, wie z. B. Glaubwürdigkeit und Integrität, Resilienz und Inspiration, abzielt.

In der Tochterbank in Russland wurde verstärkt an positiver Kommunikations- und Kooperationskultur zwischen Führungskräften und Mitarbeitern gearbeitet, so z. B. durch die Implementierung von Ad-hoc-Feedbacks und Round-Table-Gesprächen zu aktuellen Geschäftsthemen.

Performance und Talent Management

Das im Jahr 2015 entwickelte neue Performance-Management-Modell für Group Executives (Top-Führungskräfte) wurde 2016 erfolgreich implementiert. Unter anderem wurden dabei (ähnlich einem Balanced-Scorecard-Ansatz) eine klare Zielstruktur eingeführt sowie die Abstimmung zwischen Zentrale und Konzerneinheiten verbessert. Weitere Maßnahmen umfassten eine Erneuerung des Kompetenzmodells sowie eine Intensivierung von Dialog und Feedback. Diesen Ansätzen folgend erarbeitete ein internationales Team die Leitlinien und die grundlegenden Bestandteile des neuen Performance-Management-Prozesses für alle anderen Mitarbeiter-ebenen. Einige Tochterbanken starteten bereits entsprechende Pilotprojekte. In der Raiffeisenbank Ungarn z. B. lag der Fokus auf einer Stärkung der Eigenverantwortung in der Zieldefinition und Leistungserbringung, auf gegenseitigem und laufendem Feedback sowie auf Coaching und Mitarbeiterentwicklung.

Die jährlichen Standardprozesse zur Identifikation und Weiterentwicklung von Talenten wurden auch 2016 - mit jeweils unterschiedlichen lokalen Schwerpunkten - durchgeführt. Die intensiven Bemühungen zeigten Erfolg: In fast allen Einheiten gibt es Talent Pipelines auf allen Ebenen. Für Österreich beispielsweise zeigen die Daten, dass 39 Prozent der identifizierten Talente in den letzten zwei Jahren einen Karriereschritt gemacht haben (bei den anderen Mitarbeitern waren es im Vergleich dazu 14 Prozent).

Mitarbeiterbefragung

Im Jahr 2016 nahmen rund 40.000 Mitarbeiter an einer konzernweiten Mitarbeiterbefragung teil. Die Rücklaufquote betrug insgesamt 87 Prozent. Verbesserungen wurden bei den beiden zentralen Faktoren Mitarbeiter-Engagement (Bindung an das Unternehmen und damit einhergehende Bereitschaft zum freiwilligen Mehreinsatz) und Mitarbeiter-Enablement (Vorhandensein eines erfolgsfördernden Umfelds) erzielt. 65 Prozent der befragten Mitarbeiter fühlen sich an das Unternehmen gebunden bzw. 67 Prozent empfinden ihr Umfeld als erfolgsfördernd. Im Vergleich zur letzten gruppenweiten Befragung entspricht dies einer Steigerung um 4 bzw. 3 Prozentpunkte.

Aufbauend auf den Ergebnissen wird nun an weiteren Verbesserungsmaßnahmen gearbeitet. So hat etwa der Vorstand in Ungarn vier Themen zur weiteren Bearbeitung definiert. Für jedes der Themen, die jeweils von einem interdisziplinären, von einer Führungskraft der ersten Ebene geleiteten Team bearbeitet und von einem Experten, dem Change Facilitator, begleitet werden, wirkt ein Vorstandsmitglied als Sponsor.

Entwicklungen im Vergütungsmanagement

Um die außerordentlich hohe Bedeutung der mittelfristigen Ziele sowie der Kapitalisierung der RBI im Vergütungssystem tiefer zu verankern, erfolgten im Jahr 2016 eine weitere Adaptierung des Bonussystems durch Erweiterung der „Step-In“-Kriterien für Group Executives und eine Anpassung der Kriterien für die Zielerreichung.

Eine Verringerung der variablen Entlohnungskomponente in den Vergütungspaketen hatte auch zur Folge, dass neue, nicht-finanzielle Ansätze etabliert wurden, um besondere Leistungen der Mitarbeiter zu honorieren. Dazu einige Beispiele: In Weißrussland wurde ein nicht-finanzielles Motivationsprogramm (beginnend mit einem System medizinischer Dienstleistungen) zur Mitarbeiterbindung und als Belohnung langjähriger Mitarbeiter ins Leben gerufen. In Ungarn wurde das so genannte „Success Celebration System“ implementiert, das einerseits die Zusammenarbeit im Team und andererseits das bereichsübergreifende Miteinander stärken soll.

HR Awards

Die vielfältigen Maßnahmen der HR-Verantwortlichen aus den Tochterbanken, mit denen die HR-Funktionen und Prozesse laufend verbessert werden, wurden im Berichtsjahr wieder mit zahlreichen Awards belohnt. Die ungarische Tochterbank etwa erhielt das „Employer Partner Certificate“, das hohe Qualitätsstandards und „Best HR practice“ auszeichnet. Die russische Tochterbank wurde von Headhuntern unter die „Top 10 best places to work“ gereiht, und der HR-Leiter erhielt die Auszeichnung „Best HR director in the banking sector“. In Rumänien setzte sich die Tochterbank mit dem Projekt „Inspire to Aspire-Wakanda Challenge“ gegen 17 Mitbewerber durch und gewann eine HR-Auszeichnung in der Kategorie „Training and Development of People“. In diesem Programm geht es insbesondere um die Anpassung von Führungsverhalten. Die bulgarische Tochterbank erhielt den „Best HR project in a big company award“ für die Neustrukturierung und Modernisierung des HR-Bereichs. In Tschechien konnte sich die RBI über den „HR Excellence Award“ freuen, der von HR-Managern und -Experten von 300 tschechischen Unternehmen vergeben wird. Die ungarische Tochterbank schließlich erhielt den „Colibri Internship Award“ als bester Arbeitgeber für Praktikanten.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Nach einem etwas schwächeren Wachstum im Vorjahr dürfte das Wachstum in Zentraleuropa (CE) 2017 wieder anziehen. Eine noch immer expansive Geldpolitik in der Region, ein solides Wachstumsumfeld in der Eurozone und eine erwartete Erholung der Investitionsnachfrage bei anhaltend starker Konsumneigung der privaten Haushalte sollten diese positive Dynamik unterstützen. Polen und die Slowakei führen das Feld mit einem prognostizierten Wachstum von 3,3 Prozent an, knapp gefolgt von Ungarn, dessen Wirtschaft um 3,2 Prozent wachsen sollte. In der Tschechischen Republik dürfte das Wachstum 2,7 Prozent erreichen.

Südosteuropa

Die Region Südosteuropa (SEE) dürfte ebenfalls eine Fortsetzung des Wachstumstrends erleben. Nach einem sehr starken BIP-Wachstum von 3,9 Prozent im Jahr 2016 sollte SEE 2017 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung von etwas über 3 Prozent – und damit das derzeitige Potenzialwachstum – erreichen können. Vor allem Rumänien könnte seinen soliden Wachstumskurs mit einem BIP-Wachstum von 4,2 Prozent fortsetzen, allerdings lässt die Dynamik damit nach dem Spitzenwert des Vorjahres von 4,8 Prozent bereits etwas nach. Umgekehrt sollten dadurch negative Überhitzungseffekte wie ein ausuferndes Leistungsbilanzdefizit vermieden werden können. Serbien und Kroatien, die beiden Länder mit der stärksten Wachstumserholung 2016, sollten ein Wirtschaftswachstum von jeweils rund 3 bzw. knapp über 3 Prozent erreichen können.

Osteuropa

In Russland wird nach dem Abklingen der Rezession mit einem leichten Wachstum der Wirtschaft um 1,0 Prozent gerechnet, eine positive Ölpreisentwicklung würde die russische Wirtschaft weiter stützen. In der Ukraine dürfte sich der Erholungsprozess des Vorjahres fortsetzen, während die Wirtschaft in Belarus noch leicht schrumpfen dürfte. Generell fehlen Osteuropa derzeit starke externe und interne Wachstumstreiber, sodass die Region nicht an die höheren Wachstumsraten der Vergangenheit anknüpfen kann. Zudem verbleiben erhebliche Ereignisrisiken.

Österreich

In Österreich dürfte die Konjunkturbelebung im Jahr 2017 etwas an Dynamik gewinnen. Als tragende Säule sollte sich weiterhin die Binnennachfrage erweisen (privater Konsum, Bruttoanlageinvestitionen). Die Zuwachsrate der Exporte sollte 2017 höher ausfallen als 2016. Trotz eines weiterhin soliden Importwachstums aufgrund der binnenwirtschaftlichen Dynamik dürften die Nettoexporte das BIP-Wachstum 2017 damit wieder unterstützen. Dieses Szenario impliziert eine Zunahme des realen BIP auf 1,7 Prozent nach 1,5 Prozent im Jahr 2016.

CEE-Bankensektor

Die solide Wirtschaftsentwicklung in CE bzw. SEE und das Ende der Rezession in Russland und der Ukraine sollten sich 2017 merklich positiv auf den CEE-Bankensektor auswirken. Günstige Entwicklungen im operativen (Neu-)Geschäft in CE und SEE könnten 2017 zudem durch zumindest stabile oder sogar leicht verbesserte Zinsmargen bzw. etwas steilere Zinskurven unterstützt werden. Zudem sind jeweils Verringerungen bei Fremdwährungskrediten und NPL-Portfolios aufgrund der früheren Expansion in CE und SEE samt ihren negativen Ertragswirkungen in den letzten Jahren erfolgt. Insofern dürfte sich die Erholung der Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor auch 2017 fortsetzen.

Ausblick der RBI

Aufgrund der Verschmelzung mit der RZB, die am 18. März 2017 im Firmenbuch eingetragen werden soll, gilt der nachfolgende Ausblick für das fusionierte Institut.

Mit einer CET1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent (12,4 Prozent pro forma für das fusionierte Institut) hat die RBI bereits am 31. Dezember 2016 – und somit ein Jahr vor Ablauf der selbst gesetzten Frist – ihr Kapitalziel von mindestens 12 Prozent erreicht. Mittelfristig streben wir eine CET1 Ratio (fully loaded) von rund 13 Prozent an.

Nach einer stabilen Entwicklung gehen wir für die nächsten Jahre von einem durchschnittlichen Kreditwachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich aus.

Wir erwarten, dass die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen 2017 unter dem Niveau von 2016 (€ 754 Millionen) bleiben.

Ende 2017 streben wir eine NPL Ratio von rund 8 Prozent an, mittelfristig soll sie weiter sinken.

Mittelfristig streben wir unverändert eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an.

Wir peilen mittelfristig unverändert einen Return on Equity vor Steuern von rund 14 Prozent und einen Konzern-Return-on-Equity von rund 11 Prozent an.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Außerordentliche Hauptversammlung stimmt Verschmelzung mit RZB zu

Die außerordentliche Hauptversammlung der RBI stimmte am 24. Jänner 2017 der Verschmelzung mit der RZB mit klarer Mehrheit zu. Die mit der Verschmelzung verbundene Kapitalerhöhung wurde von den Aktionären ebenfalls genehmigt. Das Grundkapital der RBI wird durch die Ausgabe von 35.960.583 neuen auf Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien (Stammaktien) von € 893.586.065,90 um € 109.679.778,15 auf € 1.003.265.844,05 erhöht. Die Anzahl der begebenen Aktien wird sich dadurch auf 328.939.621 erhöhen.

Das fusionierte Unternehmen wird – wie bisher die RBI – als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse gelistet sein.